



Magdeburg, 04.12.2020

## - Einblick #5/2020 -

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir hatten versprochen, Euch in Sachen Medienänderungsstaatsvertrag auf dem Laufenden zu halten. Mittlerweile hat sich die Auseinandersetzung zu einer Krise der Koalition und heute zudem zu einer tiefgreifenden Krise der CDU als Regierungspartei entwickelt.

Eine erste Zuspitzung gab es am Dienstag dieser Woche, als der Koalitionsausschuss acht Stunden lang ergebnislos beriet und die CDU-Fraktion zwischenzeitlich ankündigte, sie wolle am nächsten Morgen im Medienausschuss des Landtages in jedem Fall eine Entscheidung herbeiführen, was bedeutet hätte: Die CDU hätte gemeinsam mit der AfD beschlossen, dass der Ausschuss dem Landtag die Ablehnung des Vertrages empfiehlt. Eine solche dramatische Vorentscheidung konnten wir abwenden. Buchstäblich in letzter Minute willigte die CDU ein, die Beratungen im Medienausschuss bis zum nächsten Mittwoch auszusetzen.

Damit hatten wir Zeit gewonnen: Zeit, in der innerhalb der CDU deutlicher werden kann, dass alle anderen Landesregierungen und auch alle anderen CDU-Landesverbände sowie die CSU das Vorgehen der CDU Sachsen-Anhalt strikt ablehnen. Und Zeit, in der wir weiter nach Verhandlungslösungen suchen wollen, die eine Annahme des Staatsvertrags ermöglichen, eine Zusammenarbeit von CDU und AfD verhindern und die Zusammenarbeit in der Koalition weiterhin möglich machen.

Am heutigen Freitag erschien dann ein Interview mit dem CDU-Landesvorsitzenden Holger Stahlknecht, in dem dieser jeden Kompromiss ablehnte, sich inhaltlich stark der AfD annäherte und für den Fall eines Scheiterns der CDU eine Minderheitsregierung ankündigte – etwas, was Reiner Haseloff immer abgelehnt hatte. Dieses Interview führte zur Entlassung Stahlknechts als Innenminister durch den Ministerpräsidenten.



Was jetzt in der CDU weiter passiert und wie sich das auf die Zusammenarbeit in der Koalition auswirken wird, ist völlig offen. Wir können uns daher nur weiter von Tag zu Tag auf die Situation einstellen, konsequent unsere Position vertreten und versuchen, konstruktive Lösungen zu verabreden.

Nach derzeitigem Stand sieht der weitere Zeitplan so aus:

- Am Samstag (5.12.) berät unser **Landesparteirat** in einer Videoschleife. Das gibt uns die Gelegenheit zum breiten Austausch in der Partei über die aktuell schwierige Situation.
- Am Dienstag (8.12.) kommt der **Koalitionsausschuss** wieder zusammen. Wir werden auch bis dahin alle Möglichkeiten nutzen, um nach einer Verständigung zu suchen.
- Am Mittwoch (9.12.) tagt der **Medienausschuss** des Landtages. Das ist die letzte Gelegenheit, um eine Beschlussempfehlung zum Staatsvertrag auf den Weg zu bringen.
- Vom 15. bis 17.12. ist die letzte **Landtagssitzung** in diesem Jahr. Wenn er dort nicht angenommen wird und die Frist 31.12.2020 verstreicht, wäre der Staatsvertrag gescheitert – für alle Länder.

**Das sind unsere Argumente** in Sachen Staatsvertrag:

- **Unabhängiger Journalismus ist der wirksamste Schutz gegen Fake News.**

Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist das Rückgrat für Qualitätsjournalismus in Deutschland. Seine unabhängige Rolle in unserem Mediensystem ist auch wichtig für die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten, die bei Privatmedien arbeiten. Er ist Teil der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Unabhängigkeit bedeutet nicht nur die Freiheit von politischen Vorgaben, sondern auch eine von Steuern und finanzpolitischen Entscheidungen unabhängige Finanzierung. Deshalb gibt es den Rundfunkbeitrag.

Der AfD ist sowieso jeder unabhängige Journalismus ein Dorn im Auge; der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist für sie ein Feindbild. Bei rechten Demonstrationen wie denen der Corona-Leugner werden Journalistinnen und Journalisten zunehmend tätlich angegriffen. Deshalb wäre eine Zusammenarbeit der CDU mit der AfD gerade in dieser Frage ein Skandal.

- **Was man bestellt, muss man bezahlen.**

Die Struktur der Sender und damit auch ihre Kosten hängen von Entscheidungen der Länder ab, die dazu Staatsverträge abschließen. Alle diese Verträge werden für Sachsen-Anhalt seit 18 Jahren ausschließlich von CDU-Ministerpräsidenten verhandelt. Und alle diese „Bestellverträge“ wurden mit den Stimmen der CDU-Landtagsfraktion beschlossen. Jetzt geht es ausschließlich um den Finanzierungsstaatsvertrag – also um die Bezahlung für Leistungen, die an anderer Stelle bestellt und dankbar angenommen wurden.

Diesen Staatsvertrag auszuhebeln, wie es die CDU-Fraktion will, stößt auf strikte





Ablehnung aller anderen 15 Länder einschließlich der dortigen CDU und der CSU. Sachsen-Anhalt würde sich medienpolitisch in der Bundesrepublik isolieren. Die Frage würde vom Bundesverfassungsgericht aller Wahrscheinlichkeit nach zu Lasten unseres Landes entschieden.

- **Auch die SPD tritt für Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein.**

Das können wir auch gemeinsam in der Koalition beschließen. Wir schlagen vor, zusammen mit dem Staatsvertrag im Landtag einen Entschließungsantrag anzunehmen, der die Landesregierung mit Verhandlungen über Reformen beauftragt, zum Beispiel:

- Ausschöpfung der von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten ermittelten Einsparpotentiale,
- Abbau überflüssiger Doppelstrukturen,
- Verzicht auf überzogene Intendantengehälter,
- Stärkung regionaler Strukturen und stärkere Berücksichtigung Ostdeutschlands,
- Einsatz für vielfältigere kulturelle und sportliche Programminhalte.

- **Der Staatsvertrag ist die Umsetzung des Koalitionsvertrags.**

Die Koalitionspartner haben sich 2016 gemeinsam vorgenommen, Beitragsstabilität beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erreichen. Das hat die CDU-geführte Staatskanzlei umgesetzt und einen Staatsvertrag ausgehandelt, der dem von der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten vorgelegten Ergebnis folgt und eine Erhöhung um monatlich 86 Cent vorsieht – viel weniger, als die Rundfunkanstalten gefordert haben.

Das entspricht dem Ziel der Beitragsstabilität, weil es sogar unter einem Inflationsausgleich bleibt. Und: Es ist der verfassungsmäßig vorgegebene Weg. Die CDU-geführte Staatskanzlei hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keinen Grund gibt, aus dem Sachsen-Anhalt davon abweichen könnte.

Die von CDU, SPD und Grünen gebildete Landesregierung hat den Entwurf einstimmig beschlossen. Dieses Ergebnis der Koalitionspolitik wollen wir gemeinsam mit den beiden anderen Fraktionen im Landtag annehmen. Die Behauptung, die SPD breche damit den Koalitionsvertrag, ist absurd und falsch.

- **Es darf keine Zusammenarbeit mit der AfD geben.**

Die AfD radikalisiert sich immer weiter und ist in Sachsen-Anhalt eine geschlossen rechtsextremistische Partei, die Demokratie und freie Presse bekämpft. Die SPD hat 2016 eine Koalition mit CDU und Grünen gebildet, um eine demokratische Mehrheitsbildung zu ermöglichen und einen Einfluss der AfD auf die Willensbildung des Landtages zu verhindern. Wenn die CDU in der Frage des Rundfunkbeitrags gemeinsam mit der AfD abstimmt, fällt die Geschäftsgrundlage für die Koalition weg.





- **Der Ministerpräsident ist gefordert.**

Reiner Haseloff hat seine Regierung immer als Bollwerk gegen rechts verstanden. Dieses Bollwerk ist akut bedroht. Wenn er Sachsen-Anhalt weiter mit einer demokratischen Koalition regieren will, muss er jetzt handeln und seine CDU auf den Kurs der Zusammenarbeit zurückbringen. Dass er zum Regierungschef von Gnaden der AfD wird, kann der Demokrat Reiner Haseloff nicht wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch für diesmal gilt: Wir werden Euch über die Entwicklung weiter informieren. Wenn Ihr noch Fragen habt, meldet Euch bitte bei uns.

Mit solidarischen Grüßen

  
**Juliane Kleemann**

Landesvorsitzende

  
**Andreas Schmidt**

Landesvorsitzender

  
**Katja Pähle**

Fraktionsvorsitzende

